



Dr. Ulrike Schneider | Krumme Gasse 30 | 97421 Schweinfurt

**Dr. Ulrike Schneider**

Mitglied des Stadtrats  
Initiative ZUKUNFT/ödp

Krumme Gasse 30  
97421 Schweinfurt

mobil 0173-6513177  
[ulrike.schneider@icloud.com](mailto:ulrike.schneider@icloud.com)

Schweinfurt, den 06. Mai 2021

## Pressemitteilung | Gleiche Pflichten für alle

„Gleiche Rechte, gleiche Pflichten und gleiche Kontrolle für alle“ – diesen Anspruch erhebt die Initiative ZUKUNFT./ödp mit Blick auf die andauernden Missstände auf der Maininsel. Angesichts der Corona-Krise und der hohen Inzidenzwerte von über 330 in Schweinfurt sei es unverständlich, dass sich die Kontrolle der Bevölkerung auf die Stadtmitte beschränkt und Hotspots wie auf der Maininsel weitgehend ausgespart blieben. „Es ist weder fair noch verständlich, warum ein alte Omi mit schief sitzender Maske auf dem Marktplatz angehalten und gemahnt wird, während sich auf der Maininsel Tag für Tag eine bestimmte Klientel junger Menschen aufhält und unbehelligt auf sämtliche Corona-Regeln pfeift!“, so Ulrike Schneider, Vorsitzende der Initiative ZUKUNFT. Während Besucher des auf der Maininsel gelegenen Pflegestifts mit beschränkten Besuchszeiten, Maskenpflicht und Schnelltests zu kämpfen hätten, lebt das Umfeld gedankenlos seine Freiheit aus. „Es kann nicht angehen, dass dort Tag für Tag Treffen stattfinden, die in jeder einzelnen Phase gegen die Corona-Regeln verstoßen: Begrüßung mit Handschlag, Umarmungen, Rauchen aus ein und der gleichen Shisha-Pfeife, gemeinsames Musikhören im warmen Inneren des Autos – stets mehrere Haushalte ohne Maske und ohne jeden Abstand.“

Das Argument des Oberbürgermeisters, die Ahndung sei schwierig, lässt Schneider nicht gelten - wo ein Wille, da ein Weg. Von den Dauer-Patrouillen in der Innenstadt könne man Teile für die Maininsel abziehen, wo weitaus mehr Handlungsbedarf bestehe. Zudem wäre auch der Einsatz ziviler Polizeibeamter eine Überlegung wert angesichts der Krisendimensionen.

Aber auch unabhängig von Corona gebe es auf der Maininsel Ordnungsbedarf. Die zusätzliche Verschmutzung des Mainkais mit Einwegverpackungen, die achtlos zurückgelassen werden und über kurz oder lang im Fluss landen, sei nicht nur in höchstem Maße umweltschädlich, sondern auch für Hotelgäste, Anwohner und Spaziergänger eine Zumutung.

„Gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Kontrolle für alle – nach diesem Grundsatz müsste der Umgang mit den Corona-Regeln wie auch den Umwelt-Regularien erfolgen, will man sie erfolgreich implementieren und ihre Akzeptanz vergrößern“, so Schneider, die in einem Antrag fordert, dass die Stadt nicht mehr länger zuschaut und viel konsequenter durchgreift als bisher.

Die Maininsel soll regelmäßig vom städtischen Ordnungsdienst aufgesucht werden - unterstützt von Polizeibeamten in Zivil - um dort äquivalent zur Innenstadt Aufklärungsarbeit zu leisten und Ordnungswidrigkeiten - Verstöße gegen Coronaregeln und Umweltsünden – konsequent zu ahnden.